

Schulleiter fordern bessere Arbeitsbedingungen

Kritik an Bezahlung, Personalmangel und der Kommunikation mit der Bildungsbehörde

VON THOMAS WALBRÖHL

Bremen. Die Schulleitungen in Bremen führen sich bei ihrer Arbeit von Politik und Bildungsbehörde allein gelassen – so das Stimmungsbild einer Teilpersonalversammlung von rund 130 Schulleiterinnen und Schulleitern am Montag. Sie hätten eine Schlüsselstellung im Prozess der Flüchtlingsintegration, der Inklusion und bei Qualitätsverbesserungen im Unterricht, so die Schulleitungsvereinigung am Montag. „Unter den derzeit schwierigen Bedingungen sehen sich die Schulleitungen außerstande, dies zu leisten“, heißt es in einer Erklärung.

Kern der Kritik ist die sogenannte Leistungszeitformel, die 2009 entwickelt wurde. Mit dieser Formel wird ein Teil davon berechnet, was die Schulleiter bezahlt bekommen. Die Rektoren fordern, dass dabei der Faktor für Ganztagschulen erhöht werden soll, von 1,3 auf 1,6. Der tatsächliche Bedarf an solcher Leistungszeit liege höher als noch 2009 angenommen. Grund dafür seien die zunehmende Zahl an Ganztagschulen bei Grund- und Oberschulen, die Auflösung der Förderzentren im Rahmen der Inklusion und die Entstehung von Zentren für unterstützende Pädagogik

(ZuP). Diese Zentren gelten als eine Säule des schulischen Inklusionskonzeptes in Bremen. Sie sind laut Behörde zuständig für den „fachgerechten Einsatz der benötigten Ressourcen und den Erhalt der Fachlichkeit“.

„Wenn sich bis zum nächsten Schuljahr nichts ändert, könnte die Geduld der Kollegen langsam am Ende sein“, sagte Thorsten Maaß am Montag. Er ist zweiter Vorsitzender der Schulleitungsvereinigung Bremen. „Wir hatten nach zähem Ringen zwischen den unterschiedlichen Schulleitungen einen Kompromiss für die Leistungszeitverordnung ausgehandelt. Große Bremer Schulen wollten auf drei Prozent ihrer Leistungszeit verzichten, zugunsten anderer Schulen“, erklärte Maaß. Nach Berechnungen der Leiter wäre das Ganze kostenneutral gewesen. Doch nach dem Ablauf einiger Monate sei kürzlich eine Absage von der Bildungssenatorin gekommen – mit der Begründung, man wolle noch einmal grundsätzlich über Schulleitungen nachdenken, berichtet Maaß. „Dabei hatten wir mit Claudia Boge-

rens Vorgängerin vereinbart, dass wir der Leistungszeitverordnung nur zustimmen, wenn Änderungen aufgenommen würden.“

Seit Jahren wird in Bremen über fehlende Lehrer und Sozialpädagogen geklagt. „In jeder Schule gibt es Personalmangel“, sagte Maaß. „Wir brauchen mehr als die 200 angekündigten Stellen und auch mehr Geld. Aber das nützt uns nichts, wenn wir nicht genug Interessenten für die Tätigkeiten haben.“ Die Schulleiter fordern, den Beförderungsstopp beim Personal aufzuheben, neue Anreize für Interessierte zu setzen und das Einstellungsprozesse für neue Lehrkräfte zu beschleunigen.

Auch wünschen sich die Schulleiter mehr Transparenz und Mitsprache bei der Schulstandortplanung. Eine verbindliche Planung nach Stadtteilen gebe es seit 2015 nicht mehr. Für Donnerstag plant der Personalrat Schulen eine Personalversammlung für alle Beschäftigten an Bremer Schulen. Die Bildungsbehörde war für eine Stellennahme am Montagabend nicht zu erreichen.



Thorsten Maaß

FOTO: HANNAPPEL